

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

47. Sitzung

am Freitag, dem 13. Juli 2001, 9:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Klaus Klinckhamer (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden	4
2. Verkauf der ehemaligen Försterei Hasloh, Forstamt Rantzau, und Ankauf von rund 42 ha bisher landwirtschaftlich genutzter Flächen inklusive einer Anteilfläche Wald von rund 3,5 ha in der Gemeinde Treia, Kreis Schleswig-Flensburg	5
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/1217 Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten Umdruck 15/1265	
3. Einwilligung des Finanzausschusses in die Errichtung und Finanzierung sowie die Betreibung eines Erweiterungsbaues beziehungsweise der Gesamtliegenschaft auf dem Grundstück Herzog-Adolf-Straße 1 in Husum durch Dritte	6
Vorlage des Ministeriums für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus Umdruck 15/1157	
4. Antrag auf Entsperrung von 500.000 DM bei Titel 1002-68407 MG 04 (Verbraucherzentrale)	7
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/1184 Vorlage der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e. V. Umdruck 15/1260	
5. Zeitungsmeldungen über den Verkauf von LEG-Anteilen	8
6. Terminplan des Finanzausschusses für das zweite Halbjahr 2001 und Januar 2002	9
Umdruck 15/1268	
7. Verschiedenes	10

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 9:00 Uhr und stellt die **Beschlussfähigkeit** des Ausschusses fest. Die **Tagesordnung** wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden

Die Vorsitzende gibt bekannt, mit Schreiben vom 11. Juli 2001 habe Abg. Wiegard mitgeteilt, dass er von seiner Fraktion zum finanzpolitischen Sprecher gewählt worden sei und deshalb das Amt des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden niederlege. Als Nachfolger schlage er Abg. Arp vor.

Einstimmig wird Abg. Arp zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Verkauf der ehemaligen Försterei Hasloh, Forstamt Rantzau, und Ankauf von rund 42 ha bisher landwirtschaftlich genutzter Flächen inklusive einer Anteilsfläche Wald von rund 3,5 ha in der Gemeinde Treia, Kreis Schleswig-Flensburg

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/1217

Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten
Umdruck 15/1265

Im Verlauf der Diskussion bezeichnet P Dr. Korthals den Preis als „ungewöhnlich hoch“ und stellt heraus, dass nur etwa 30 ha für die Aufforstung genutzt werden sollen.

St Berg beantwortet Fragen des Abg. Arp dahin, dass der Landtag mit dem Haushalt 2001 für die Neuwaldbildung auf Landesflächen insgesamt 1,6 Millionen DM zur Verfügung gestellt habe und dass es für Landwirte aus ökonomischen Gründen uninteressant und ineffektiv sei, selbst Neuwald zu bilden.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP stimmt der Ausschuss der Vorlage Umdruck 15/1217 zu.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Einwilligung des Finanzausschusses in die Errichtung und Finanzierung sowie die Betreuung eines Erweiterungsbaues beziehungsweise der Gesamtliegenschaft auf dem Grundstück Herzog-Adolf-Straße 1 in Husum durch Dritte

Vorlage des Ministeriums für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus
Umdruck 15/1157

St Döring greift Bemerkungen von Abg. Steincke und Abg. Neugebauer auf und erklärt, die Landesregierung sei überzeugt, dass die Investition - unabhängig von einer möglichen mittelfristigen Strukturänderung - richtig sei. P Dr. Korthals stimmt dem zu.

Im Zuge einer kurzen Diskussion antwortet St Döring auf eine Frage von P Dr. Korthals, dass die Einbindung der Investitionsbank nicht zu realisieren sei, da die Investitionsbank mitgeteilt habe, aus gesamtwirtschaftlichen Erwägungen die Maßnahme nicht selbst durchführen zu wollen. Abg. Kubicki zeigt sich von diesem Argument nicht überzeugt und stellt heraus, dass, wenn diese Aussage richtig sei, der gesamte „Immobiliendeal“ rückgängig gemacht werden müsse.

Abg. Steincke erklärt, die CDU werde sich der Stimme enthalten, weil nicht erkennbar sei, dass das ins Auge gefasste Konzept mittelfristig tragbar sei.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen eine Stimme bei zwei Enthaltungen stimmt der Ausschuss der Vorlage zu.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Antrag auf Entsperrung von 500.000 DM bei Titel 1002-68407 MG 04
(Verbraucherzentrale)**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/1184

Vorlage der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e. V.
Umdruck 15/1260

Abg. Neugebauer führt aus, dass die SPD der Freigabe der gesperrten Mittel nur unter Hintanstellung von Bedenken gegen das von der Verbraucherzentrale vorgelegte Konzept zustimmen werde, bei dem im Übrigen noch erheblicher Korrekturbedarf bei Zurückführung des Finanzbedarfs in der mittelfristigen Finanzplanung gesehen werde: Verbesserung der Ernährungsberatung, räumliche und fachliche Konzentration, Öffnungszeiten, Beachtung des Besserstellungsverbots, Abbau von Personal. Darüber hinaus sei die SPD der Auffassung, dass Beratungsbedarf hinsichtlich der Ausgabenstruktur bestehe, die nur sehr pauschal mit 30.000 DM monatlich angegeben sei. Die SPD erbitte für die Sitzung unmittelbar nach der Sommerpause eine entsprechende neue Vorlage.

Die gesperrten Mittel werden mit den Stimmen aller Fraktionen freigegeben.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Zeitungsmeldungen über den Verkauf von LEG-Anteilen

Abg. Wiegard spricht einen Bericht im „Handelsblatt“ über angebliche Probleme bei der Finanzierung der LEG-Anteile durch den Hamburger Kaufmann Büll an.

St Döring erklärt, dass die geschilderten Vorgänge nicht das LEG-Geschäft berührten. Die Verträge seien mit der B & L Immobilien AG abgeschlossen worden und der Kaufpreis sei von den Banken verbürgt. Damit sei sichergestellt, dass das Geld - wie vereinbart - zum Jahresende fließen werde.

Auf eine Frage des Abg. Wiegard antwortet St Döring, dass Herr Büll weder in der Geschäftsführung der B & L Immobilien AG tätig sei noch anderweitig auf deren Entscheidungen Einfluss habe.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Terminplan des Finanzausschusses für das zweite Halbjahr 2001 und
Januar 2002**

Umdruck 15/1268

Der Ausschuss nimmt den von der Vorsitzenden vorgelegten Terminplan des Finanzausschusses für das zweite Halbjahr 2001 und Januar 2002 zur Kenntnis; auf Wunsch der CDU wird der Termin 20. September 2001 gestrichen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Abg. Arp fragt nach dem Erlös aus der Veräußerung des **Finanzamts in Plön** und nach der Höhe der Kosten für einen Neubau.

Die Vorsitzende kündigt an, dieses Thema in die Tagesordnung der ersten Sitzung nach der Sommerpause aufzunehmen.

- b) Abg. Wiegard spricht das in der letzten Sitzung behandelte **Aktenvorlagebegehren** an und erkundigt sich nach der so genannten Zeitschiene. Abg. Astrup erläutert, dass nach der Entscheidung des Kabinetts, welche Unterlagen zugeleitet werden können, der nach der Vereinbarung über das Aktenvorlagebegehren übliche Zwei-Wochen-Zeitraum gelte; das Bildungsministerium habe bereits angekündigt, diese Zeit wegen der Sommerpause auf drei Wochen zu verlängern.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 9:45 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. Rüdiger Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer